

2016-09-26

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.09.2016

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:35 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

### **Verwaltung**

Reck, Robert Dr.  
Schlonski, Christiane

Vertretung: Kuras, Steffen (Amt 41)  
Vertretung: Meister, Christian (Amt 63)

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Oberbürgermeister Kuras, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses**, eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit neun anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

#### **2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen (09:00:00).

#### **3 Übergabe der Toleranzbroschüre durch das Netzwerk Gelebte Demokratie**

**Herr Oberbürgermeister Kuras** begrüßte die Vertreter des Netzwerkes Gelebte Demokratie, Frau Strasburger, Frau Kaiyama und Herrn Schmitter. Er stellte fest, dass der Haupt- und Personalausschuss als geeignetes Gremium zur offiziellen Übergabe der Toleranzbroschüre angesehen wurde, da die Vorsitzenden aller Fraktionen anwesend sind.

Die Broschüren wurden bereits im Vorfeld auf den Plätzen der Ausschussmitglieder ausgelegt. Die Anwesenden stimmten der Erteilung des Rederechtes an die Vertreter des Bündnisses zu.

**Frau Strasberger** bedankte sich für die Möglichkeit die Broschüre in diesem Rahmen übergeben zu dürfen.

Besonderen Dank sprach sie Herrn Oberbürgermeister Kuras für seine Bereitschaft die Schirmherrschaft für den Prozess der Entwicklung der Stadt für Toleranz und die damit verbunden Ideen zu übernehmen, aus. Die Broschüre enthält Interviews mit den Referenten, die im letzten Jahr bei den Wochen gelebter Demokratie zugegen waren. Mit der Broschüre soll auf den weiteren Prozess aufgebaut werden. Ziel ist es, möglichst viele Menschen in Dessau-Roßlau in diesen Prozess zu integrieren. Gefördert wurde die Broschüre von der Landeszentrale für politische Bildung und von der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Dessau-Roßlau.

**Frau Kaiyama** nahm ergänzende Ausführungen zur Entwicklung der Projektidee vor. So wurde im Zuge des Jubiläumsjahres Anhalt 800 der Toleranzbegriff verstärkt in Erinnerung gerufen. Im Fokus stand die Auseinandersetzung mit dem Thema Toleranz und die Fragestellung, was dieser Begriff für Dessau-Roßlau bedeutet. Der Begriff zeigt erst im Konflikt sein wahres Gesicht. Bei den unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Meinungsbildern ist die Auseinandersetzung mit der Thematik ein Bestandteil der aktiven Bürgerbeteiligung.

Abschließend fügte **Herr Schmitter** hinzu, dass allen Bürger/-innen und Einwohner/-innen der Stadt sowie den Stadträten die Möglichkeiten gegeben werden soll, sich mit ihrer Meinung einbringen zu können. In diesem Zusammenhang sprach er die Bitte an Herrn Oberbürgermeister Kuras aus, dies auch weiterhin aktiv zu unterstützen.

Den Rednern sprach **Herr Oberbürgermeister Kuras** seinen ausdrücklichen Dank aus. Er betonte, dass die Frage der Toleranz, insbesondere der religiösen Toleranz, in der Stadt Dessau-Roßlau und der Region Anhalt spätestens seit Moses Mendelsohn große Tradition habe. Mit Blick auf die aktuellen Auseinandersetzungen und Ereignisse steige die Bedeutung des Themas. Somit sei die Auseinandersetzung damit nicht nur zeitgemäß, sondern auch dringend erforderlich. Ausdrücklicher Dank gebührt den Vertretern des Netzwerkes, die diesen Prozess vorantreiben. Herr Oberbürgermeister Kuras betonte seine Überzeugung, dass im Zuge der Integration der Flüchtlinge dieses Thema Verwaltung, Politik und Gesellschaft weiter begleiten werde. Gleichermaßen werde man mit Augenmaß, Toleranz und Strenge dafür zu sorgen haben, dass der Integrationsprozess gelinge. Vor allem auch die Arbeit des Netzwerkes trägt dazu bei, dass er der Realisierung der Integrationsaufgabe optimistisch entgegen sehe, bekräftigte Herr Oberbürgermeister Kuras.

#### **4           Neuwahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Personalausschusses**

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, erschien zur Sitzung. Somit waren 10 stimmberechtigte Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses anwesend.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte einfühend, dass sich durch die Abwesenheit von Herrn Schwabe die Notwendigkeit ergeben hatte, den stellvertretenden Vorsitz des Haupt- und Personalausschusses neu zu besetzen. Von der CDU-Fraktion wurde er schriftlich in Kenntnis gesetzt, dass diese beschlossen hat, Herrn Adamek als Ersatz für Herrn Schwabe dauerhaft in den Haupt- und Personalausschuss zu entsenden.

Gleichzeitig schlägt die CDU-Fraktion vor, Herrn Adamek als dauerhaften stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Personalausschusses für die laufende Legislaturperiode zu berufen.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, erklärte, dass seine Fraktion keinen Gegenkandidaten stellen wird. Bisher hatte immer die stärkste Partei den stellvertretenden Vorsitzenden gestellt.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** führte an, dass es für die Besetzung der stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse kein Verfahren gibt. Das Hare-Niemeyer-Verfahren finde im vorgebrachten Fall keine Anwendung.

Weitere Vorschläge wurden nicht eingereicht. Der Vorschlag, Herrn Adamek als stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Personalausschusses zu berufen, wurde zur Abstimmung erhoben.

Dem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt (10:00:00).

## **5 Genehmigung der Niederschrift vom 17.08.2016**

Die Niederschrift wurde genehmigt (09:00:01).

## **6 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Oberbürgermeister Kuras** gab die in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 17.08.2016 gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

- Jahresabschluss 2015 der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)
- Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2016 der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)
- Abrechnung der Zielvereinbarung 2015 mit der Geschäftsführung der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)
- Feststellung des Konzernabschlusses der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2015
- Beschluss über die Erfüllung der Zielvereinbarungen mit den Geschäftsführern der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2015
- Jahresabschluss 2015 der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Anhalt-Bitterfeld | Dessau | Wittenberg mbH (WFG ABDW)
- Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2016 der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR)
- Grundstücksangelegenheit - Aufhebung Verkaufsbeschluss Teilfläche im Gewerbegebiet Roßlau-Ost

## **7 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

## 8 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Anfragen vorgebracht.

## 9 Öffentliche Anfragen und Informationen

**Herr Oberbürgermeister Kuras** berichtete, dass er eine Stunde vor Sitzungsbeginn die offiziellen Bewerbungsunterlagen für die Ausrichtung der Landesgartenschau unterzeichnet hat. Diese wird morgen dem Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft zugeleitet. Den Medien war zu entnehmen, dass auch die Stadt Ballenstadt ihre Bewerbung eingereicht hat. Weiterhin ist das Bewerbungsvorhaben der Städte Bad Dürrenberg und Blankenburg bekannt. Bewerbungsschluss ist am Folgetag. Erst dann bestehe abschließende Sicherheit hinsichtlich der Mitbewerber.

## 10 Beschlussfassungen

### 10.1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/257/2016/I-OB

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

### 10.2 Grundsatzentscheidung zum Umgang mit dem Wandbild im Ratssaal Vorlage: BV/200/2016/III-65

Einführend in das Thema erläuterte der **Ausschussvorsitzende, Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass der Beschlussvorlage alle wesentlichen Aussagen zur Thematik, u. a. die Stellungnahme der Fachbehörde des Landesamtes für Denkmalschutz und Archäologie, beigelegt wurden. Quintessenz der Feststellung des Landesamtes sei, dass das Wandbild aus denkmalpflegerischer Sicht unbedingt erhalten werden muss. Dennoch könne es nicht als historisches Zeitdokument und schon gar nicht als harmlose Wanddekoration wahrgenommen werden. Der mit der Bewertung beauftragte Gebietsreferent hatte festgehalten, dass im Kontext des räumlichen Umfeldes des Wandbildes, welchem eine politische Funktion als Ratssaal zuteilwerde, die Thematik nicht ohne Spannungen zu betrachten sei. Weiterhin verwies der Kunstsachverständige in seiner Expertise die abschließende Bewertung zum weiteren Umgang mit dem Wandbild an die entsprechenden Gremien zurück. Der Beschluss sehe nun den Auftrag an die Verwaltung vor, bei der Vorplanung der Umgestaltung des Ratssaales konkrete Ausführungsvarianten zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Entscheidung über das Wandbild müsse offenkundig am Anfang der weiteren Entscheidung über die Umgestaltung des Ratssaales stehen. Entsprechend sieht der erste Punkt der Beschlussvorlage die Enthüllung und die Restaurierung des Wandbildes sowie die zumindest teilweise Offenlegung des Bildes vor.

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, begrüßte den Vorschlag. Aus seiner Sicht stellt das Bild ein Zeitdokument über die Wiederaufbaustimmung in der Stadt nach dem Krieg dar. Er würdigt die entsprechende Einordnung durch das Landesamt für Denkmalschutz. Aus seiner Sicht enthält das Bild keine politische Meinungsäußerung.

Vielmehr stellt es eine verkünstelte Lebensdarstellung der Wiederaufbruchsstimmung dar. Aus diesem Grund hätte er auch keine Einwände gegen eine vollständige Enthüllung vorzubringen. Die vorliegenden Vorschläge einer teil- bzw. ausschnittsweisen Enthüllung des Bildes würden die Gesamtansicht vielmehr verschandeln.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** betonte die Geschichte des Bildes. Beispielsweise sei Carl Marx ein anerkannter Bauhausschüler gewesen. Ebenso renommiert sei Herr Schmidt-Uphoff gewesen, welcher auch die Holzbemalung im Ratskeller erschaffen hatte. Es handelte sich somit um anerkannte Künstler, welche offenkundig den Auftrag hatten, das sozialistische Weltbild und den Aufbruch in der Stadt darzustellen. Der Künstler Schmitt-Uphoff hatte jedoch auch berichtet, dass das Bild den damaligen stalinistischen Machthabern 1951 offenkundig nicht revolutionär genug war. Aufgrund dessen wurde das Bild dann auch verhüllt und erst im Rahmen der 775-Jahrfeier vorübergehend enthüllt. Es sei Aufgabe der gewählten Vertretung, nun über einen angemessenen Umgang mit dem Bild zu entscheiden.

**Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, bekräftigte die Aussage von Herrn Bönecke. Das Bild symbolisiere die damalige Aufbruchsstimmung. Er hätte keine Bedenken gegen ein vollständiges Zeigen des Bildes vorzubringen.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, begrüßte das Einbringen der Beschlussvorlage und betonte das Engagement des Gebäudemanagements unter der Führung von Herrn Bekierz. Ohne dessen Einsatz wäre der Arbeitsstand noch nicht so weit vorangeschritten. Es wurde ein Arbeitskreis zur Auseinandersetzung mit dem weiteren Umgang mit dem Bild gegründet, in welchem es bereits schwierig war einen Konsens zu finden. Auch in seinen Augen stellt das Bild ein Zeitdokument dar, welches darüber hinaus gleichzeitig Repräsentant des neuen Selbstbewusstseins der damaligen Zeit sei. Es ist letztendlich auch das geschichtliche Ergebnis eines schweren und leidvollen Prozesses, welcher zur deutschen Teilung geführt hatte. Das Bild kann als Objekt betrachtet werden, welches eine Interpretation der damaligen Zeit ermöglicht. Würde es vernichtet werden, so würde etwas in der historischen Auseinandersetzung fehlen und die Legendenbildung fördern.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** warf ein, dass eine Vernichtung aus Denkmalschutzgründen nicht in Frage kommen würde.

Es gab durchaus Personen, auch unter den Anwesenden, die eine Vernichtung befürworten würden, entgegnete **Herr Schönemann**.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** wiederum betonte sein Verständnis für diese Ansicht. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die unzertrennbare Verbindung des Bildes mit der Wand eine erschwerende Problematik bei der Lösungsfindung darstelle. Wäre dies nicht der Fall, hätte man das Bild ablösen und als zeithistorisches Dokument im Museum für Stadtgeschichte ausstellen können. Das Dilemma, dass das Bild in einem Raum der politisch-demokratische Auseinandersetzungen angebracht ist, muss gelöst werden. Es ist verständlich, dass Personen eine Zuschaustellung des Bildes an diesem Ort unpassend finden.

**Herr Schönemann** wies darauf hin, dass in der Vorlage die Option enthalten ist, mit der Umgestaltung des Ratssaals das Bild nur noch als Nebenschauplatz, flankierend, wirken zu lassen. Somit hätte dieses auch eine andere Präsenz. Eine Enthüllung des Bildes im Zuge der Diskussion hätte diesen langwierigen Prozess beschleunigt.

Aus diesem Grund brachte **Herr Schönemann** den Änderungsantrag vor, dass als dritter Beschlussvorschlag ein Termin genannt wird. Er betonte in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit, den Diskussionsprozess nun endlich zu einem Ergebnis zu bringen.

Es wird unstrittig im Zuge der Restaurierung eine Phase geben, in der das Bild freigelegt wird, erklärt **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Zu dieser Zeit wäre eine Berücksichtigung möglich.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, widersprach den von seinen Vorrednern vorgebrachten Meinungen, da er das Gutachten anders liest. Das Bild muss zweifelsohne erhalten bleiben. Jedoch beschreibt der Gutachter dies sowohl als Agitationsbild als auch als Propagandainstrument im Kontext der damaligen Zeit. Die historische Einbettung verdeutlicht, dass die Entstehungszeit in einer Zeit der Verdrängung demokratischer Parteien lag, in der Säuberungsaktionen in Politik und Wirtschaft durchgeführt wurden sowie mit stalinistischen Methoden die Dominanz der SED durchgesetzt wurde. Zu nennen sei hier der Conti-Prozess. Das Bild stelle genau diese Aspekte dar. Der Gutachter beschreibt dies als ein Bild, in dem propagandistische Dinge im Vordergrund stehen.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** zitiert die besagte Stelle des Gutachtens: „Das eigentlich Anstößige an dem Bild liegt ja weniger in den vergleichsweise diskreten propagandistischen Elementen der Darstellung, wie zum Beispiel der Pionieruniform und der Erlöser- bzw. Wegweiserpose des Arbeiters, als in der gesellschaftspolitischen Idyllik und Harmonievorstellung, die der Darstellung zugrunde liegt.“

Fortfahrend in seinen Ausführungen erklärte **Herr Dr. Melchior**, dass das Bild die Rolle der Arbeiterklasse hervorhebt. Die überdimensionierte Darstellung der Person des Arbeiters symbolisiere ikonografisch die führende Rolle der Arbeiterklasse. Die politische Botschaft des Bildes, wie auch vom Gutachter indirekt bestätigt, sei der Beginn der Diktatur des Proletariats. Deswegen passe es nicht zur Funktion der kommunalen Selbstverwaltung dieser Stadt, ein derartiges Bild offen zu legen. Er betonte, dass er keineswegs eine vollständige Verhüllung befürworte. Vielmehr solle ein spielerisches Aufbrechen der bildnerischen Darstellung erfolgen und dieses dann als Diskussionsgrundlage zur Geschichtsaufarbeitung genutzt werden. Einer kompletten Darstellung würde er sich eindeutig widersetzen.

**Herr Dr. Melchior** stellte den Änderungsantrag, den Punkt 1 wie folgt zu ergänzen: Die Enthüllung wird erst dann vorgenommen, wenn ein endgültiger Beschluss zur konkreten Umgestaltung des Ratssaales durch den Stadtrat vorliegt.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** stellte fest, dass dieser Antrag eine komplette Umkehrung der bisherigen Vorgehensweise beinhalte. Bisher hätte Konsens darin bestanden, dass erst über den Umgang mit dem Bild entschieden werden müsste.

**Herr Dr. Melchior** äußerte seine Befürchtung, dass die Entscheidung über den weiteren Umgang mit dem Bild, sofern es erst einmal enthüllt wird, untergraben wird.

**Herr Adamek, CDU-Fraktion**, ergänzte die vorgebrachten Ausführungen des Gutachters dahingehend, dass das Bild den Wunsch nach einer heilen Welt darstellt. Die Demonstranten, die 1989 vor dem Rathaus demonstriert haben, unter ihnen einige der Anwesenden, hätten genau gegen das demonstriert, was mit der Enthüllung des Bildes wieder dargestellt werden soll. Eine uneingeschränkte Wiederdarstellung des Bildes wäre ein Affront gegen diejenigen, welche damals für die heute gelebten demokratischen Werte demonstriert hätten. Viele Menschen der Stadt würden eine Freilegung des Bildes missbilligen. Gleichzeitig verwies er auf die Kosten, die mit einer zumindest teilweisen Freilegung verbunden wären. Diese sollten beachtet werden.

**Herr Bönecke** kritisierte die Bedenken, die grundsätzlich im Umgang mit historischen Dokumenten aus der Wendezeit hervorgebracht werden. So habe ein Großteil der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern die Entwicklung der DDR bis Anfang der 70er Jahre, bei allen Einschränkungen, als sehr positiv empfunden. Einschränkungen habe es aber auch in der BRD gegeben, ebenso wie Schießbefehle gegen Andersdenkende, u.a. auf Demonstrationen. Letztendlich sprach er sich für eine offene Diskussion aus. In diesem Rahmen sollte überlegt werden, nähere Informationen zum zeitlichen Kontext, zu den Künstlern und zur Geschichte des Bildes zu veröffentlichen und den Bürger am Meinungsbildungsprozess zu beteiligen.

**Frau Benckenstein, AfD-Fraktion**, schloss sich den Ausführungen von Herrn Bönecke an. Sie schlug eine Freilegung und Öffnung des Bildes für den Bürger vor, um diese in die Entscheidungsfindung zum weiteren Umgang mit dem Wandbild einzubinden.

Auch **Herr Eichelberg** begrüßte den Vorschlag von Frau Benckenstein. Aus seiner Sicht sei das Wandbild nicht als absolut negativ zu kategorisieren, sondern vielmehr als Verkörperung des damaligen Zeitgeistes zu interpretieren.

**Herr Ehm, CDU-Fraktion und Vorsitzender des Stadtrates**, entgegnete, dass das Bild eben nicht zu verharmlosen sei und stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Melchior zu. Eine Freilegung würde seiner Meinung nach der Stadt schaden, da auch die internationale Presse negativ darüber berichten würde. Seinen bereits unterbreiteten Vorschlag zur Reproduktion des Bildes und Darstellung an einem angemesseneren Ort, beispielsweise in einem Museum, wiederholte er in diesem Zusammenhang. Der Ratssaal ist die Kernzone der Demokratie. Daher ist es nicht vertretbar, dieses Bild an diesem Ort zu veröffentlichen.

**Herr Schönemann**, verwies auf ein Gemälde vom Fürsten, das als Vorlage für das Wandbild gedient hat.

**Herr Eichelberg** beantragte die Erteilung des Rederechts an Frau Storz als Zeitzeugin. Hierzu gab es keine Gegenrede.

**Frau Storz, SPD-Fraktion**, erklärte, dass das Bild für sie zur Zeit der damaligen Demonstrationen nicht Stein des Anstoßes gewesen sei.

Vielmehr ging es um Aspekte der persönlichen und geistigen Freiheit sowie um bessere Chancen für die Entwicklung und Teilhabe der Bürger des Landes. Dieses Bild wurde verhängt, weil man es damals als Zeugnis dieser nicht neuen Welt verstanden hatte. Nach diesen ganzen Jahren habe sich jedoch die Gesellschaft weiterentwickelt. Heute sei das Gremium stark genug, um sich vor dieses Zeitzeugenbild zu setzen und diesem Bild den Raum zu geben. Vielmehr sei es ein Ausdruck von Stärke, dieses Bild nicht mehr verhüllen zu müssen.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** resümierte, dass die zurückliegende Diskussion verdeutlicht habe, wie polarisierend die Debatte ist und vor welcher schwierigen Aufgabe auch die Verwaltung diesbezüglich steht.

**Herrn Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, wurde das Wort erteilt. Nachträglich wies dieser auf Ziele und Inhalt der eingebrachten Beschlussvorlage hin. Fokus der Vorlage ist die Optimierung des Ratssaales. Dieses Vorhaben schließt eine Grundsatzentscheidung dahingehend, ob ein Enthüllen des Bildes denkbar wäre oder nicht, ein. Die entstandene Diskussion ging schon zu weit ins Detail. Sollte sich für eine Enthüllung des Bildes ausgesprochen werden, dann werde die Verwaltung weitere Zuarbeiten als Entscheidungsgrundlage vorlegen. Eine Umsetzung ohne eine fertige Planung und ohne einen Maßnahmebeschluss werde es nicht geben. Ebenso wird erst Geld in die Hand genommen, wenn es den entsprechenden Beschluss seitens des Stadtrates gibt.

**Herr Schönemann** bat **Herrn Bekierz** um Darlegung seiner persönlichen Meinung zum Sachverhalt. Dieser erklärte, dass er das Bild aus gestalterischen Gesichtspunkten, unabhängig vom politischen Gehalt, als zu dominant empfinde. Gleichzeitig teilte er die Meinung, dass ein solches Zeitzeugnis nicht einfach verhüllt werden kann und darf. Daher würde er sich für eine teilweise darstellerische Öffnung aussprechen. Weiterhin würde er eine fotografische Dokumentation begrüßen und das Bild in der Form in angemessener Größe und Rahmen präsentieren.

**Frau Benckenstein** stellte den Änderungsantrag, dass im ersten Beschlussvorschlag der Vorlage eine Einbeziehung der Bürger vorgesehen wird. Diesen Vorschlag begrüßte **Herr Oberbürgermeister Kuras**.

**Herr Bönecke**, stellte fest, dass der Änderungsantrag von Herrn Dr. Melchior den Vorschlag von Frau Benckenstein konterkariert. Die öffentliche Diskussion kann erst geführt werden, wenn das Bild enthüllt ist. Daher muss es vor dem Maßnahmebeschluss enthüllt werden. Des Weiteren bat er Herrn Schönemann um Präzisierung seines Änderungsantrages.

**Herr Schönemann** gab an, dass noch in dieser Legislaturperiode ein fertiger Ratssaal präsentiert werden soll.

**Herr Bekierz** wurde gebeten, eine terminliche Orientierung zur Fertigstellung des Vorhabens zu geben. Dieser gab an, dass das davon abhängig ist, wann der Stadtrat dafür Mittel zur Verfügung stellt. Die Planung und Abstimmung würde nach einem Beschluss des Stadtrats ungefähr ein Jahr betragen.

**Herr Schönemann** entgegnete, dass dies zu lange dauern würde, er strebt eine Verbindlichkeit bis zum Jahresende an.

**Herr Dr. Melchior** verwies in diesem Zusammenhang auf die weiterführenden Diskussionen zur baulichen Gestaltung des Ratssaales, z. B. eine Veränderung der Raumgröße.

**Herr Schönemann** entgegnete, dass sich die Arbeitsgruppe dazu bereits positioniert hat.

**Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, wies darauf hin, dass der Finanzierungsvorbehalt berücksichtigt werden sollte.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** verlas die Änderungsanträge und ließ über diese abstimmen:

**Änderungsantrag von Herrn Schönemann:** Aufnahme eines Beschlussvorschlages 3 - Die Gesamtneugestaltung des Ratssaales sollte in dieser Legislaturperiode abgeschlossen sein.

**Abstimmungsergebnis: 07:00:03 – Dem Antrag wurde zugestimmt.**

**Änderungsantrag von Herrn Dr. Melchior:** Die Enthüllung wird erst dann vorgenommen wenn ein endgültiger Beschluss zur konkreten Umgestaltung des Ratssaales durch den Stadtrat vorliegt.

**Abstimmungsergebnis: 03:06:01 – Der Antrag wurde abgelehnt.**

**Änderungsantrag von Frau Benckenstein zum Punkt 1:** Im Zuge der Umgestaltung zur Optimierung des Ratssaales soll das Wandbild enthüllt, den Bürgern während der Zeit der Restaurierung zur Meinungsbildung gezeigt werden und soweit erforderlich restauriert und anschließend in angemessenen Teilen wieder gezeigt werden.

Im Rahmen der Diskussion zum Änderungsantrag von Frau Benckenstein wies **Herr Bekierz** auf Nachfrage von Herr Bönecke darauf hin, dass ein neuer Vorhang ca. 25.000 - 30.000 EUR kosten würde. Die wahrscheinlichste Variante sei die Freilegung und Restaurierung sowie anschließende Meinungsbildung. Im Anschluss würde eine Planung erfolgen, nach der ein Maßnahmebeschluss zu fassen sei. Dieser Vorgang würde ca. ein Jahr dauern.

**Abstimmungsergebnis: 05:04:01 – Dem Antrag wurde zugestimmt.**

Anschließend wurde die gesamte Beschlussvorlage mit den beschlossenen Änderungen zur Beschlussfassung aufgerufen.

**Abstimmungsergebnis: 08:02:00**

**Herr Oberbürgermeister Kuras** stellte anschließend Nichtöffentlichkeit her.

## **15 Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde um 18:35 Uhr durch **Herrn Oberbürgermeister Kuras** geschlossen.

Dessau-Roßlau, 07.10.16

---

Oberbürgermeister Peter Kuras  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer